

# Riesner Tagesblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtanschrift: Tagesblatt Riesner, Genes Nr. 20.

Das Riesner Tagesblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Anwaltschaft beim Amtsgericht und des Rates der Stadt Riesner, des Finanzamts Riesner und des Hauptzolamts Meißen.

Postkontos: Dresden 1580, Kreispost Riesner Nr. 52.

Nr. 162.

Montag, 14. Juli 1924, abends.

77. Jahrg.

Das Riesner Tagesblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Der Preis beträgt 2 M. 50 Pf. durch Post, 2 M. 25 Pf. durch Boten. Für den Fall des Eintretens von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preisänderung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Blättern wird nicht übernommen. Grundpreis für die 50 mm breite, 3 mm hohe Grundschrafft-Zeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 89 mm breite Restzeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag. Feine Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfallt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesner. Achtzählige Unterhaltungsbeilage "Erzähler an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Verleger und der Vertriebsanstalten — hat der Bezahler keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Monatsdruck und Verlag: Renger & Winterlich, Riesner. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: i. V. H. Teichgraber, Riesner; für Anzeigen: Wilhelm Dittrich, Riesner.

## Erste Besorgnisse in Berlin.

Von unserem Berliner Vertreter.  
Die außenpolitische Lage findet gegenwärtig in den Berliner Regierungskreisen eine erste Beurteilung. Man spricht jetzt ganz offen die Auffassung aus, daß die Annahme des Sachverständigen-Gutachtens durch Deutschland ernstlich in Frage gestellt ist, wenn nicht die Frage gelöst wird, in welchem Umfang Deutschland bei den Entscheidungen über das Inkrafttreten des Gutachtens mitzuwirken im Stande sein wird. Die Regierungen in London und in Paris haben geglaubt, daß es zur Durchführung des Sachverständigen-Gutachtens schließlich nötig wäre, eine Übereinstimmung unter den Alliierten herzustellen. Ob Deutschland mit den getroffenen Vereinbarungen einverstanden sein würde, darum hat man sich nicht gekümmert, und das läßt sich jetzt, indem die deutsche Regierung der Gegenseite ein energisches "Ja!" entgegen ruft.

Innerhalb der Reichsregierung haben sich die Auffassungen in den letzten Tagen ganz erheblich geändert. Während man bisher der Auffassung war, daß es notwendig sein würde, das Sachverständigen-Gutachten unter allen Umständen anzunehmen, sobald gewisse Voraussetzungen erfüllt sind, ist man jetzt zu der Ansicht gekommen, daß eine Ablehnung nicht umgangen werden kann, wenn Deutschland nicht gleichzeitig seine wichtigsten politischen Forderungen durchzusetzen vermöge. Bisher hielt es Deutschland für die Pflicht, auf sich nehmen, um endlich eine Lösung des leidigen Reparations-Problems zu finden und die besetzten Gebiete von dem Druck der Sanktionsmaßnahmen zu befreien. Jetzt ist die Erkenntnis durchgedrungen, daß Deutschland nur dann Verpflichtungen auf sich nimmt, wenn ihm seine vollen Rechte garantiert werden.

Der sozialdemokratische "Vorwärts" behauptet, daß die Regierung sich in ihrer außenpolitischen Auffassung den Demokratischen angenähert habe und dabei auf dem besten Wege sei, die politischen Entscheidungen der nächsten Woche außerordentlich zu komplizieren. Das sozialdemokratische Blatt glaubt daraus schließen zu müssen, daß es für die Sozialdemokratie nunmehr keinen anderen Weg geben könne, als der Regierung gegenüber in die schärfste Opposition zu treten.

In den Kreisen der Regierungsparteien selbst besteht nämlich Übereinstimmung darüber, daß das Kabinett Marx-Stresemann sich gegenwärtig auf einem durchaus richtigen und konsequenten Wege befindet. In den Zusammenkünften zwischen Macdonald und Herriot in Chartres und in Paris hat sich herausgestellt, daß sowohl Frankreich als auch England ihre politischen Sonderinteressen mit der Frage des Sachverständigen-Gutachtens verknüpft haben. Beide Mächte haben dabei ihre Gegensätzlichkeiten dadurch zu überwinden können geglaubt, daß sie ein rein politisches Programm gemeinsam aufstellten, welches die wichtigsten Interessen ihrer Politik berührt. Wenn die gegnerische Seite nicht darauf verzichtet, ihre sogenannten politischen Rechte zu wahren, hat Deutschland absolut keinen Grund, darauf zu verzichten, daß seine wichtigsten politischen Lebensfragen auf der Londoner Konferenz zur Erörterung gelangen. Der Zustand, daß Deutschland in mer nur Verpflichtungen auf sich nimmt, ohne das Recht zu haben, sich gegen untragbare Zumutungen zu wehren, muß einmal beendet werden. Die Reichsregierung will jetzt damit einen Anfang machen, indem sie eine Unterzeichnung des Londoner Protokolls solange ablehnt, als die alliierten Regierungen nicht die deutschen Forderungen billigt haben. Darüber können auch die englischen Interventionsversuche nicht hinwegtäuschen, die darauf hinausgehen, die Reichsregierung von ihrem Standpunkt abzubringen.

## Vor der Londoner Konferenz.

London. Laut Sunday Express werden vor dem Zusammentreten der Interalliierten Konferenz am Mittwoch wichtige Kabinetsberatungen stattfinden, um die britische Politik, die den Alliierten unterbreitet werden soll, weiter festzusetzen. Die britische Regierung lege natürlich Angelegenheiten der wichtigsten Fragen, die auf der Konferenz erörtert werden müssen, nicht allzuviel Inverhöft bezüglich der Ergebnisse an den Tag.

Obsever betont, die Zugeständnisse, die Macdonald im Interesse des Baaubestimmens der Konferenz machte, seien nicht Herriot, sondern Poincaré gemacht worden, der jetzt keine Macht ohne Verantwortlichkeit genießt. Der Dawes-Plan könne jedoch nur Erfolg haben, wenn Deutschland ein "williger" Teilhaber sei und wenn die Sicherheit Deutschlands sowohl wie der deutschen und der auswärtigen Kapitalgeber, ohne deren Unterstützung der Plan undurchführbar sei, verbürgt werde. Die Weltwirtschaft Deutschlands ist die Grundlage des Sachverständigenplanes. Nach der Konferenz werde man besser in der Lage sein, zu beurteilen, welche Zugeständnisse Macdonald gemacht habe und ob er überhaupt welche gemacht habe. Obsever gesteht zu, daß es selbst beim besten Willen, daß die Premierminister Englands und Frankreichs ein wirkliches Übereinkommen erzielen, schwer ist, in jeder äußerlichem Sinne zu sprechen. Wenn bezüglich des Dawes-Berichtes Kompromisse gemacht würden, sei es schlimmer, als wenn er gestrichelt würde. An anderer Stelle weist Obsever darauf hin, daß die Klärung des Ruhrgebietes eine zum Dawes-Bericht gehörige Verbindung sei. Die Sachverständigen hätten es klar gemacht, daß die Zahlungen durch die Klärung bedingt seien. Der diplomatische Berichterstatter des Obsever schreibt, die bevorstehende Konferenz werde in politischen Kreisen

als gute, wahrscheinlich letzte Möglichkeit für die Erzielung einer Reparationsregelung mit Deutschland angesehen. Es bestehe kein Zweifel, daß die Deutschen geböt werden würden.

London. (Funkfunk.) Der diplomatische Berichterstatter des Daily Herald schreibt: Wenn sich die französische Regierung für den Fall eines neuen deutschen Versuches freie Hand vorbehalten wolle, so sollte das Europa der Gefahr eines neuen Ruhrabenteuers aus. Die wichtigste Frage aber sei, ob die Deutschen zur Erörterung eingeladen werden sollen, oder ob sie einfach ja oder nein zu einer Art von Ultimatum sagen sollen. Macdonald erkenne sehr gut, daß die neue Regelung nur etwas wert sein könne, wenn sie sich auf Zustimmung gründet. Es müsse in Paris besprochen werden, daß eine britische Arbeiter-Regierung, so willig sie auch sei, die französische öffentliche Meinung zu verschöllen, unter keinen Umständen bereit sein würde, an einem neuen Versailler teilzunehmen.

## Wichtige Androhung im englischen Unterhaus.

London. (Funkfunk.) Die Presse sieht der heute im Unterhaus stattfindenden wichtigen Aussprache über die europäische Lage, den Tagesbericht und den Besuch Macdonalds in Paris mit großem Interesse entgegen. Times zufolge wird erwartet, daß die Mitglieder des Hauses in sehr großer Zahl anwesend sein werden. Einer der Hauptzwecke der heutigen Debatte ist, weitere Informationen von Macdonald über gewisse Seiten seines Pariser Besuches und über das gemeinsame nach der Pariser Zusammenkunft ausgegebene Kommuniqué zu erhalten. Die Opposition, laut Times, wünsche durchaus nicht, den Premierminister vor der Londoner Konferenz zu behindern, aber zahlreiche Unterhausmitglieder möchten gern wissen, ob Macdonald bestimmte Gründe zu der Annahme habe, daß die Vereinigten Staaten der Ernennung eines Vertreters für die Reparationskommission zur Sicherung der Verwirklichung des Dawes-Berichtes zustimmen werden. Wenn irgend eine Kritik in der heutigen Debatte gegen den Dawesplan laut werden sollte, so wird sie wohl in der Hauptsache von Seiten einiger der Anhänger des Premierministers kommen, deren Unterstützung des Berichtes nur lauwarm sei. Es werde berichtet, daß Aquilino die Debatte eröffnen und daß nach ihm Baldwin sprechen werde. Dies wird den Premierminister ermöglichen, in einem frühen Stadium der Aussprache auf diese Kritik zu antworten. Wahrscheinlich würden auch Lloyd George, Mac Neil, Wedgwood Benn, Bonlandy und Spears sprechen. Auch im Daily Telegraph heißt es, in der heutigen Debatte am Vorabend der Londoner Konferenz werde jeder Versuch, Macdonald zu behindern, peinlich vermieden werden. Aquilino werde jedoch gehofft, daß Macdonald in seiner Verhandlung des Hauses offener sein werde als in der letzten Woche.

## Delegationen für die Londoner Konferenz.

Paris. (Funkfunk.) Die Savas berichtet, legt sich die französische Delegation für die Londoner Konferenz in der Hauptsache aus folgenden Persönlichkeiten zusammen: Ministerpräsident Derriot, Finanzminister Comant, Kriegsminister Klotz, dem politischen Direktor vom Anstalt Deshay Verreth della Rocca, Marschall Foch und seinem Generalstabeschef General Desfider, General Dequoute, dem französischen Oberkommissar in der Rheinlandkommission Tirard, Ministerialdirektor Sedoux, dem Abteilungsleiter des Ministerpräsidenten Bergery, dem französischen Delegierten im Sachverständigenausschuß Parmentier, dem zweiten französischen Delegierten in der Reparationskommission Mauclore, dem Justizminister Aubry, dem französischen Delegierten im Außenministerium Fromageot, den Sachverständigen Carteron, Aron, Doyres und Vidal. Außerdem geht es auch der Generalsekretär der Botshafterkonferenz Raffalli mit nach London.

Paris. (Funkfunk.) Nach einer Meldung des Journal aus Brüssel legt sich die belgische Delegation für die Londoner Konferenz aus folgenden Persönlichkeiten zusammen: Den Ministern Dymans und Theunis, dem belgischen Delegierten in der Reparationskommission Gant, den Sachverständigen Jansen und Jürli, Professor Bourquin von der Universität Brüssel als juristischen Berater, dem Chefingenieur der belgischen Mission im Ruhrgebiet Hannecart, dem belgischen Attaché bei der Rheinlandkommission Abbes, Robert Gilmont als Vertreter des Kriegsministers und Major Gumont als Vertreter der französisch-belgischen Eisenbahn-Regie.

Paris. Auf der Durchreise nach England erklärte der amerikanische Sachverständigen-Peun, daß er zur Konferenz nach London gehe. Seine dortige Mission sei jedoch noch nicht klar definiert. Er erwarte Meldungen aus Washington, die es ihm gestatten, die Rolle eines offiziellen beplaudigten Schlichters zu spielen.

Paris. (Funkfunk.) Die Pariser Ausgabe der Daily Mail veröffentlicht einen Artikel ihres Londoner Korrespondenten über die Ankunft Owenspoungs in London. Es heißt darin: Die Vereinigten Staaten wünschten, daß alle politischen oder militärischen Maßnahmen vermieden würden, die den reinwirtschaftlichen Wert des Dawesplanes gefährden könnten. Die amerikanische öffentliche Meinung billigt dem Sachverständigenplan nahezu einstimmig. Wenn die Alliierten und Deutschland die lokale Durchführung des Dawesplanes beabsichtigten, so sei die Unterstützung der Vereinigten Staaten gesichert. Was die Frage der alliierten Schulden anlangt, so dürfe nach der unüberprüften Stellungnahme der Vereinigten Staaten diese mit der Reparationsfrage nicht verknüpft werden. Die Vereinigten Staaten bedauerten, daß, abgesehen von England, keiner von ihren Schulden daran gedacht habe, jeine Schulden zu konsolidieren, aber es werde auf sie keinerlei Druck

ausgeübt werden, am meisten auf Frankreich. Was die Vereinigten Staaten wünschten sei eine Anerkennung der Verpflichtungen. Vielleicht würde das große Experiment, daß Deutschland augenblicklich aufzufordern werde, zu unternehmen, eines Tages den Präzedenzfall für einen Damesplan zur Regelung der europäischen Kriegsschulden an America bilden.

## Die deutsche Regierung bleibt fest.

Im Laufe des Sonnabends ist ein Schritt des englischen Botshafter in Berlin, Lord D'Albarn, bei der Reichsregierung erfolgt, der in den Berliner politischen Kreisen große Beachtung gefunden hat. Die englische Regierung erlaubt, daß das deutsche Kabinett davon wissen zu müssen, die Entscheidungen hinsichtlich der Durchführung des Sachverständigen-Gutachtens durch ihre pessimistischen Reue-rnmen und durch ihre angeforderten Widerstände zu erschweren. Minister Dr. Stresemann hat den englischen Botshafter wissen lassen, daß die Reichsregierung es als ihre unbedingte Pflicht und Schicksal ansehe, auf den Ernst der Lage hinzuwirken, da die noch bestehenden Meinungsverschiedenheiten zwischen Deutschland und den Alliierten die Veranlassung zu einer großen Verwirrung in Deutschland gegeben haben. Diese Verwirrung sei so außerordentlich, daß die parlamentarischen Entscheidungen über die Ausführungsfrage zum Sachverständigen-Gutachten ernstlich gefährdet seien. Die Klärung der Regierung müsse darauf bestehen, daß über ihre grundlegenden Forderungen volle Klarheit geschaffen wird, da sie sonst in eine unbaltbare Situation gerate.

## Die Voraussetzungen

### zur Annahme des Sachverständigen-Gutachtens.

Die Reichsregierung hat die Voraussetzungen, von denen sie die Durchführung des Sachverständigen-Gutachtens abhängig machen wird, in einer Mantelnote zusammengefaßt, die als Grundlage für die Besprechungen in London dienen soll. Darin werden die bekannten Forderungen auf Wiederherstellung der wirtschaftlichen und politischen Einheit Deutschlands sowie die Wiedereinführung des Reichskommissariats für die besetzten Gebiete und die Wiederherstellung des Rheinland-Abkommens verlangt. Weiter soll das Ruhrgebiet sowie auch die I. J. Sanktionszonen befreit werden. Die Klärung der Pöner Zone wird für den 10. Januar 1925 verlangt. Dazu kommen die sogenannten Eckenpunkte, Freilassung der Gefangenen, Rückkehr der Ausgewiesenen und die Freigabe der beschlagnahmten Wohnungen.

## Aus der französischen Kammer.

Paris. Die Kammer, die Sonnabend vormittag, nachmittags und in der Nacht bis nach 3 Uhr tagte, hatte die Diskussion über das Amnestie-Gesetz trotz der Ichar'st Obstruktion der Opposition so weit gefördert, daß die Amnestie für Caillaux und Maloz angenommen wurde. Der Antrag der Opposition, die Amnestie für Caillaux zu verweigern, wurde mit 309 gegen 207 Stimmen, der Antrag, die Amnestie für Maloz zu verweigern, mit 338 gegen 149 Stimmen zurückgewiesen. Die Kammer setzte die Beratung des Gegenwurfs gestern nachmittags fort. Die Wiedereinführung der wegen Streikverweigerung gemahrgangenen Eisenbahner wurde trotz heftigen Widerstandes des ehemaligen Ministers le Trocquer mit 308 gegen 212 Stimmen beschloßen.

Paris. (Funkfunk.) Die Kammer hat in ihrer gestrigen Sitzung die Beratung der Amnestievorlage noch nicht zu Ende führen können. Auf Wunsch des Ministerpräsidenten wird sie heute nachmittags zusammentreten. Einige Blätter bezweifeln, daß es möglich sein wird, das Gesetz vor der Abreise des Ministerpräsidenten nach London zu verabschieden.

## Die Konferenz der Kleinen Entente.

Brag. Ueber die dritte und letzte Sitzung der Konferenz der Kleinen Entente wurde eine Mitteilung ausgegeben, in der es heißt: Die Außenminister der Kleinen Entente beendeten die Prüfung der einzelnen Fragen, die auf dem Programm der nächsten Tagesordnung des Völkertages stehen, insbesondere die Frage der Abrüstung und die Abkommen über die gegenseitigen Garantien. Es wurde hinsichtlich aller Punkte ein vollkommenes Einverständnis erzielt.

## Der Münchener Kommunistenprozess.

München, 12. Juli. Von den 62 im großen Münchener Kommunistenprozess Angeklagten sind nicht erschienen der Landtagsabgeordnete Joseph Schaffer, der sich auf einem Urlaub in Ruhland befindet. Weiter der Reichstagsabgeordnete Buchmann, der Reichstagsabgeordnete Schlicht sowie der Reichstagsabgeordnete Hierin. Ferner zwei weitere Angeklagte. Im Mittelpunkt des ersten Verhandlungstages stand ein Bericht an die kommunistische Parteizentrale in Berlin und eine aufgehobene Versammlung in München. Der Vorliegende äußerte, daß es nicht glaubhaft sei, daß es sich bei der Versammlung nur um eine Besprechung der Gemeindevorstände gehandelt habe. Der Landtagsabgeordnete Geeg bekannte sich offen als der verantwortliche Verantwortliche der Versammlung. Reichstagsabgeordneter Buchmann habe den Vorfall geleitet. Die Verhandlungen werden mehrere Tage in Anspruch nehmen.